

Vertrieb im Wahlkreis  
 Preis 12 Pf. Vierteljahr 45 Pf. Halbjahr 85 Pf. Jahresbeitrag 150 Pf.  
 Postamt Berlin 10, Postfach 100000  
 Redaktion: Berlin, Postfach 100000  
 Druck: Berlin, Postfach 100000

**Arbeiter-Zeitung**  
 für Schlesien und Oberschlesien  
 Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale  
 Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
 Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Vertrieb im Wahlkreis  
 Preis 12 Pf. Vierteljahr 45 Pf. Halbjahr 85 Pf. Jahresbeitrag 150 Pf.  
 Postamt Berlin 10, Postfach 100000  
 Redaktion: Berlin, Postfach 100000  
 Druck: Berlin, Postfach 100000

# Reichstag unter Polizeischutz!

## Unterstützungsräuber an der Arbeit — Einheitsfront von Hugenberg bis Großmann — Am Dienstag lekte Parteiführerbesprechung

(Sig. Bericht.) Berlin, 1. Oktober. Das Haus, über dem so schön steht: Dem deutschen Volk! wird umgeben von drei Ketten schwerbewaffneter Schutzpolizisten. Das ist der erste Eindruck für den „Mann aus dem Volke“, der Lust hat, sich einmal die Beratungen im Reichstage anzuhören. Die drei Schutzketten sorgen dafür, daß auch nicht ein einziger, der nicht im Besitze eines Reichstagsausweises ist, das „Haus des Volkes“ betritt. Wer dennoch mag, durchzugehen, bekommt den Gummistempel zu spüren. So lagen die Unterstützungsräuber, dreifach eskortiert durch Jügelbeils bewährte Polizei. Aber auch im Reichstag selbst haben die Unterstützungsräuber Vorkäse wachen lassen. In allen Ecken des Hauses und auf den Tribünen stehen böse betante Spitzeltypen. Man kann nicht wissen, vielleicht schreit wirklich mal ein Erwerbsloser von den Reichstagstribünen das verfeimte Wort „Gunger“ und würde damit die traute Harmonie der Hugenberg-Großmann-Front stören. Unter diesen Umständen wurde am Montag der Reichstag eröffnet. Die Verhandlungen nahmen folgenden Verlauf:

Am Stelle des angeblich erkrankten Präsidenten Böbe eröffnete die Tagesordnung des Reichstages, auf deren Tagesordnung festgelegt der Punkt „Abbau der Erwerbslosenversicherung“ stand. Für die kommunistische Fraktion stimmt sofort.

### Genosse Stoeder

das Wort: Die kommunistische Fraktion beantragt die Abhebung von der Koalitionsregierung vorgelegten Gesetze über den Abbau der Arbeitslosenversicherung von der Tagesordnung. Die Arbeitermassen, auch die sozialdemokratischen und die christlichen Arbeiter, haben keinerlei Interesse an der Beratung dieses neuen Raubgesetzes an den Erwerbslosen. Ist doch dieser Raub nur der erste Schritt in der Reihe neuer schwerer Vorstöße der Krutzherrn und der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterklasse. Es werden neue Offensiven zum Abbau der gesamten Fürsorge- und Wohlfahrtspolitik und auch des Versicherungswesens, insbesondere der Krankenversicherung, vorbereitet. Wir beantragen, anstatt der Gesetze über die Arbeitslosenversicherung die Beratung unseres Antrages zur Regelung der Arbeitszeit,

### zur Durchführung des Sickenkurentages und der Vierzigstundenswoche in Deutschland

auf die Tagesordnung zu setzen. Die Sozialdemokraten haben im Wahlkampf alles mögliche über Regelung der Arbeitszeit versprochen, und heute haben wir noch wie vor den 9-, 10- und 12-Stunden-Tag und daneben ein Riesengebiet von Erwerbslosen, dessen Lage sie noch immer verschlechtern wollen. Wir beantragen ferner die Beratung unserer Interpellation über die immer schlimmer werdende Teuerung, hervorgerufen durch die Zollpolitik und die Finanzpolitik der Koalitionsregierung Hermann Müller. Stehen doch neue Vorstöße auf neue Hungerzölle, steht insbesondere ein neuer großer Steuerraubzug der Bourgeoisie bevor. Wir fordern weiter eine Besprechung der

### imperialistischen Außenpolitik der Regierung.

der Ereignisse im Haag und in Genf, insbesondere des Young-Planes, der auf Jahrzehnte hinaus die schwerste Belastung für die Arbeiterklasse Deutschlands bedeutet. Wir fordern diese Besprechung insbesondere, um auch die imperialistischen Hintergründe der Verhandlungen im Haag und in Genf aufzudecken. Die Arbeiterklasse hat alle Veranlassung, den schärfsten Kampf gegen die Young-Politik mit ihren gefährlichen Folgen aufzunehmen.

Wir fordern die Beratung dieser Fragen, weil hier die Lebensinteressen der Arbeiterklasse auf dem Spiel stehen. Wir benutzen den ersten Stunden dieses Zusammentritts dieses Massenparlamentes dazu, die Arbeitermassen zu gesteigerten, rücksichtslosen Abwehrkämpfen gegen die Trutz- und Koalitionspolitik und deren schändlichen Maßnahmen aufzurufen.

In der Abstimmung über die kommunistischen Anträge zeigt sich schon die Einheitsfront von Großmann bis Hugenberg. Die Sozialdemokraten stimmen ausdrücklich dagegen, daß der Erwerbslosentraub nicht behandelt wird, und stimmen auch den kommunistischen Antrag auf Behandlung der Arbeitszeitanträge gemeinsam mit Hugenberg nieder. Nachdem der Antrag des Genossen Torgler, zwei Stunden Redezeit für die erste Lesung zu bewilligen und außerdem die kommunistische Interpellation zum Fürsorgewesen mitzubehandeln, niedergestimmt worden war, begann die Debatte mit einer Rede des Arbeitsministers Wissell, der an die Spitze seiner Ausführungen den Dauf an den Reichsrat für seine hervorragende Arbeit stellte. Unter fürstlichen Zutufen der Kommunisten verteidigte Wissell seine beiden Abwovorlagen.

Abgeordneter Großmann (Soz.): Die Sozialdemokraten sind ebenfalls für die Ausschaltung der Mißbräuche in der Arbeitslosen-

versicherung und gleichfalls mit der Verabreichung in der Saisonarbeitslosenunterstützung einverstanden. Wir sind auch für eine eventuelle Anrechnung der Sozialrenten auf die Unterstützung und wenden uns auch nicht gegen eine Verlängerung der Sperrfrist. (Stürmisches Gdrt, hörl bei den Kommunisten.)

Dr. Rademacher (M.): Wir begrüßen die Arbeit der Sachverständigenkommission. Wir sind auch mit der Tätigkeit des Reichsrates zufrieden. In der Sozialpolitik muß ein neuer Kurs eingeschlagen werden. Die jetzige Koalitionsregierung ist zu schwach, um einen vollkommenen Systemwechsel vornehmen zu können.

Abg. Dr. Perltius (Z) gibt für die Zentrumsfraktion eine kurze Erklärung ab, in der es heißt, daß das Zentrum mit den Vorschlägen Wissells einverstanden ist.

Genosse Käbel hielt eine scharfe Anklage, die sich insbesondere gegen Wissell richtete.

### Sinter den Kuliff in

Die bürgerliche Presse verbreitet folgende Meldung: „Auf Anregung der Demokraten und des Zentrums wird der Reichszentralrat für Dienstag vormittag eine Besprechung der Parteiführer der Großen Koalition zusammenberufen. Der Einigungsversuch dürfte darauf hinauslaufen, daß das Hauptgesetz von allen Regierungsparteien unverändert angenommen wird, während in dem befristeten Gesetz die all-

gemeine Beitragserhöhung um 1/2 Prozent in Fortfall kommen soll. Dagegen soll die 1 1/2prozentige Beitragserhöhung für die Saisonarbeiter aufrecht erhalten bleiben.“

Arbeiter, Erwerbslose, legt den außerparlamentarischen Kampf gegen den Unterstüßungsraub fort! Die Raubgebungen und Streik am gestrigen Montag waren der Auftakt! Es gilt, den Anschlag der Trutzbourgeoisie auf die Lebenshaltung aller Arbeiter zurückzuschlagen!

### Riesenkundgebung in Berlin

Der Protestaufmarsch der Berliner Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen die Wissellsche Raubbauvorlage war wieder von gewaltigem Ausmaß. Eine Anzahl Tausende unter dem begehrtesten Beifall der Tausende und aber Tausende. Die Polizei ging in brutaler Weise gegen das Tragen von Plakaten vor, die sich gegen die Reichsregierung und gegen Wissell im besonderen wendeten. 20 Arbeiter wurden festgenommen. In der Mäckerstraße wurde ein abrudender Zug von der Polizei überfallen, angeßch, weil „verbotene Lieber“ (?) gefungen wurden. Eine Reihe Arbeiter wurden verletzt. — Auch im Reich sind die Kundgebungen unter harter Beteiligung durchgeführt worden. Einzelheiten werden wir noch berichten.

## Sozialdemokratie und der Schieberkonzern Glarek

In einem Artikel des Abend-„Vorwärts“ vom 28. September, der die Ueberschrift trägt „Die Sklarek und die Parteien“ wird die enge Verbindung der SPD mit den Sklarek zugegeben. Insbesondere sind es die sozialdemokratischen Bürgermeister Schneider vom Bezirksamt Mitte, und der kaufmännische Direktor der Berliner Verkehrs-A.G., der Sozialdemokrat Brodat gewesen, die enge Beziehungen zu den Sklarek gepflogen haben. Der Sozialdemokrat Brodat, der ein Jahresgehalt von 72000 Mark bezieht, hat weiter — auch diese Tatsache wagt der „Vorwärts“ seinen Lesern nicht zu betreiten — den Sklarek riesige Aufträge für Lieferungen von Dienstkleidung für die Verkehrs-A.G. übertragen. Wie unangenehm dem „Vorwärts“ die Angelegenheit Sklarek ist, geht daraus hervor, daß es in dem Artikel „Die Sklarek und die Parteien“ wörtlich heißt:

„Darüber hinaus ergibt sich aus dem Fall Sklarek — aus diesem nicht zum ersten Male — die Lehre, daß Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Verkehr mit großspurig auftretenden Geschäftsleuten eine gewisse vorsichtige Zurückhaltung üben sollen.“

Daß die volle Verantwortung für den Fall Sklarek die SPD trifft, davon legt auch ein Artikel der neuesten Nummer der „Welt am Montag“ Zeugnis ab. Die „Welt am Montag“ schreibt wörtlich:

„Die Wunden, die der Fall Sklarek gerissen hat, werden schwerlich in den nächsten sechs Wochen zugehen, und der Fall Sklarek wird der sozialdemokratischen Fraktion bei den bevorstehenden Kommunalwahlen noch übel mißspielen. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß man die Verantwortung für die Berliner Stadtverwaltung in den letzten Jahren der Sozialdemokratie auf die Rechnung setzen wird.“

Bekanntlich ist die „Welt am Montag“ ein Organ, das der sozialdemokratischen Partei besonders nahesteht und das sonst in allen Fällen die Politik der SPD dect. Darum ist das Urteil der „Welt am Montag“, das eindeutig die Schuld für den Sklarek Skandal der Kommunalpolitik der SPD anhängt, besonders wichtig. Die werktätigen Massen werden am 17. November diese Tatsache nicht vergessen.

### Die Provinz Kansu in den Händen der Aufständischen

U. Tokio, 30. September. Nach Meldungen der japanischen Presse ist die ganze Provinz Kansu von den Aufständischen besetzt. Die Regierungstruppen seien geschlagen, und ihr Oberbefehlshaber Tschangtschunlai sei ermordet worden. Der Oberbefehlshaber der mohammedanischen ausländischen Truppen, Li, habe eine selbständige Regierung gebildet und beschlossen, sämtliche Missionare auszuweisen und alle christlichen Kirchen und Schulen zu schließen.

### Der Oberbefehlshaber der Mohammedaner in Kansu ermordet

U. Peking, 30. September. Der Oberbefehlshaber der mohammedanischen Streitkräfte, die in der Provinz Kansu gegen Mandling kämpfen, ist von einem Unbekannten ermordet worden. Der Mörder ist geflüchtet. Auf Verlangen Tschangtschunlais ist gegen den ehemaligen Außenminister Eugen Tschan ein Haftbefehl erlassen worden. Tschan befindet sich in Schanghai.

### Ultimatum an chinesische Aufständische

U. Peking, 1. Oktober. Tschangtschunlai gab in einer Rede vor der chinesischen Militärakademie bekannt, daß die chinesische Regierung dem General Tschangtschunlai ein Ultimatum gestellt habe, innerhalb 72 Stunden seinen Kampf gegen die chinesische Regie-

rung einzustellen, und die Waffen den Mandlinger Truppen auszuliefern.

### Schober-Regime

Wien, 30. September. Die „Rote Fahne“ wurde neuerdings beschlagnahmt. Aus Rayerbach wird gemeldet, daß dort von den Faschisten ein Dynamitanschlag gegen das Arbeiterheim verübt wurde, das dadurch erheblichen Schaden erlitt. In der Umgebung wurden alle Fenster zertrümmert. Ueber diesen verbrecherischen Anschlag erjakte die Arbeiterschaft ungeheure Empörung. Sie sammelte sich am Hauptplatz und traf Anstalten, die Faschisten zu züchtigen. Darauf wurde sofort die Garnison alarmiert und gegen die Arbeiterschaft eingesetzt. Dem Militär gelang es, die Straßen zu räumen.

Ämtliche Bekanntgabe des Volksbegehrens. Im „Reichsanzeiger“ vom 1. Oktober 1929 wird eine Verordnung des Reichsministers des Innern vom 30. September 1929 veröffentlicht, in der das vom Reichsarschuh für das deutsche Volksbegehren beantragte Volksbegehren bekanntgegeben und die Eintragungsfrist auf die Zeit vom 16. bis 29. Oktober 1929 festgesetzt wird.

Auf dem Mainzer Bahnhof fuhr der Fern-D-Zug 264 von Wien kommend, dem Güterzug 8411 in die Hände. Die Lokomotive entgleiste. Ein Postbeamter wurde mit Bruchverletzungen ins Krankenhaus gebracht, zwei Reisende wurden leichter verletzt.

Am Montag nachmittag erfolgte der erste Flug Frey-Ovel mit der „Flugraket“ auf dem Frankfurter Flugplatz. Das Flugzeug legte eine Strecke von über 10 Kilometer in einer Höhe von circa 75 Meter zurück.











# Geplantes Zündholzmonopol für den Schwedentrust

Am 28. September veröffentlichte die „D. Z. am Mittag“ eine Mitteilung über geheime Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit dem Schwedentrust zwecks Erlangung einer Anleihe für das Reich im Betrage von 600 Millionen Mark. Die Gegenleistung für die Anleihe sind die künftigen Zündholzmonopole an den Schwedentrust zu übertragen. Die Anleihe soll also tatsächlich verpfändet werden durch die künftige Belastung sämtlicher Zündholz-Konsumenten, d. h. der gesamten werktätigen Bevölkerung. Dem selbstverständlich wird der Schwedentrust eine Monopolstellung zur sofortigen Versteuerung der Zündholzpreise bewilligt.

Abgesehen von dieser Steuerungsmaßnahme hat der Monopolplan für die deutschen Arbeiter aber eine noch weitergehende Bedeutung. Schon seit Monaten verhandelt der Schwedentrust mit der Reichsregierung über Maßnahmen zur Unterbindung der billigen russischen Zündholzeinfuhr, die gegenwärtig rund ein Drittel des deutschen Bedarfs deckt. Den deutschen Arbeitern sollen also die billigen russischen Zündhölzer genommen, gleichzeitig damit aber auch ein Schlag gegen den Außenhandel der Sowjetunion im Interesse des internationalen Finanzkapitals geführt werden.

Erlaubt man über die Veröffentlichung seiner Pläne empört. Eine amtliche Meldung des RSDAP meint, daß die Anleiheverhandlungen mit dem Schwedentrust durch die „vorzeitige“ Veröffentlichung gefährdet und das Reichsfinanzministerium spricht von einer „direkten Schädigung des Landesinteresses“. Nun, von einem Vorstoß gegen die künftigen Zündholzmonopole waren die bürgerlichen „Entwickler“ weit entfernt, sie kritisieren samt und sonders (einschließlich des „Vorwärts“) die Monopolverhandlungen nicht etwa wegen der drohenden Steuererhöhung und der Verschärfung der deutschen Besatzungen, sondern ausschließlich deshalb, weil das Monopol einem ausländischen Trust gewährt und damit deutschen Kapitalisten „rechtmäßige“ Profite entzogen werden könnten.

Das Zündholzmonopol ist aber noch nicht alles. Die „Rheinische“ vom 29. September meldet, daß die künftige Zündholzmonopol ein Tabakmonopol und ein Zigarettenmonopol als die Kernstücke seiner Finanzreform seien. Das Tabakmonopol soll an den Reemtsma-Konzern übertragen werden gegen Gewährung einer Anleihe an das Reich, also unter ähnlichen Bedingungen wie das Zündholzmonopol verpachtet werden. Das Bierhandelsmonopol wird vom Reich in eigener Regie vorbereitet, und zwar in der Weise, daß für die einzelnen Brauereikonzerne bestimmte Lieferungsquoten festgesetzt werden, die von den Brauereien selbst auf Rechnung des Reiches, das sowohl als Zwischenhändler, in Wahrheit einfach als Steuererheber auftritt, an ihre Kunden geliefert werden. Zweck der Regelung ist natürlich eine Versteuerung des Bieres. Das „Berliner Tageblatt“, das diesen Plan ausführlich schildert, berechnet, daß bei einer Versteuerung jedes Bierglases um fünf Pfennige, selbst unter Berücksichtigung eines Konsumrückganges von 15 Prozent, das Reich um 750 Millionen Mark mehr wird einnehmen können, als durch die jetzige Biersteuer. In dem gleichen Artikel wird der Ertrag einer Versteuerung anderer Tabakerzeugnisse mit 30 Millionen berechnet, der Ertrag einer Branntweinsteuererhöhung um 5 Pfennige pro Glas auf 216 Millionen, so daß die künftige Koalitionregierung allein (noch ohne das Zündholzmonopol und den Ertragsbeitrag des Reemtsma-Konzerns am Tabakmonopol) 1300 Millionen einnehmen würden. Ueber die Höhe dieser Monopolprofite des Schwedentrust kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß ein ähnlicher Vertrag, den der Trust mit Ungarn geschlossen hat, dem Trust eine Extraverzinsung seiner Anleihe von 20 Prozent im Jahresdurchschnitt gewährleistet. Das würde für Deutschland einen Ertragsbeitrag für den Schwedentrust von jährlich 120 Millionen auf Kosten der proletarischen Konsumenten bedeuten. Da ist es begreiflich, wenn der Leiter des Trusts, J. v. P. Prager, eilends nach Berlin gefahren ist, um den letzten Bissen unter Dach und Fach zu bringen.

Hilferding's Karten sind nun aufgedeckt: rund anderthalb Milliarden werden insgesamt aus den Taschen der proletarischen Konsumenten geholt werden, rechnet man die Ersparnisse durch den Young-Plan hinzu, so wird ein Betrag von jährlich zwei Milliarden zum Abbau der Vermögensverluste freierwerden, abgesehen vom Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der anderen Sozialleistungen. Und dazu kommen noch die schönen Monopolprofite, die im Zuge dieser Ausbeutung um die jetzt ihre hässliche Kaputtsperre geht. Begreiflich, daß man damit zufrieden ist, begreiflich, daß die bürgerlichen Parteien sich gesenkt haben, den Unterjochungsraub mit dieser Finanzreform zu vertuschen. Und wenn ihre Mäuler gelegentlich Hilferding-begrößen, so ist das nur als Ausdruck des Streits um die Verteilung der Bissen aufzufassen.

zu kommen noch die schönen Monopolprofite, die im Zuge dieser Ausbeutung um die jetzt ihre hässliche Kaputtsperre geht. Begreiflich, daß man damit zufrieden ist, begreiflich, daß die bürgerlichen Parteien sich gesenkt haben, den Unterjochungsraub mit dieser Finanzreform zu vertuschen. Und wenn ihre Mäuler gelegentlich Hilferding-begrößen, so ist das nur als Ausdruck des Streits um die Verteilung der Bissen aufzufassen.

zu kommen noch die schönen Monopolprofite, die im Zuge dieser Ausbeutung um die jetzt ihre hässliche Kaputtsperre geht. Begreiflich, daß man damit zufrieden ist, begreiflich, daß die bürgerlichen Parteien sich gesenkt haben, den Unterjochungsraub mit dieser Finanzreform zu vertuschen. Und wenn ihre Mäuler gelegentlich Hilferding-begrößen, so ist das nur als Ausdruck des Streits um die Verteilung der Bissen aufzufassen.

## Mussolini ein feiger Mordmörder!

Paris, 30. September. Die Zeitung „Ouvre“ veröffentlicht Aufzeichnungen des zu 30 Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Leiters des italienischen Pressebüros, Cesare Rossi, die dieser vor seiner Flucht nach der Schweiz in Frankreich zurückgelassen hat. Darin stellt Rossi fest, daß er sich unter den Mörder des Abgesandten Matteotti befinden habe. Die Worte und Gestalten jener Zeit seien auf Anregung Mussolinis begeben worden und dauerten heute noch an. Die Verantwortlichen für das Verbrechen an Matteotti seien Marinelli und Durini; letzterer lebe jetzt in der Verbannung, denn er habe ausbleiben müssen und nach seiner Gefangenschaft eine halbe Million Lire Entschädigung gefordert. Marinelli, der frühere Schatzmeister der Partei, sei schauer gewesen. Er habe ruhig abgewartet und sei noch heute Abgeordneter und Mitglied des Großen Rates.

## Ruhrindustrielle finanzieren Stahlhelm

Die Duisburger „Volkstimme“ veröffentlicht folgendes Rundschreiben der Duisburger Ortsgruppe des Stahlhelms: Der Stahlhelm, V. d. V. D.-G. Duisburg

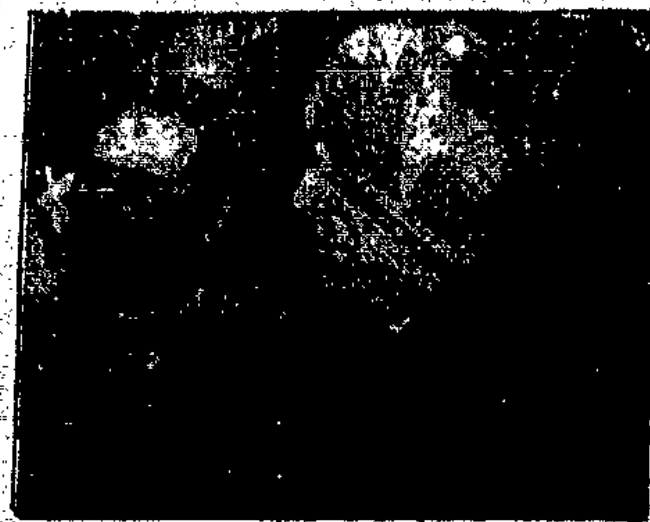
Duisburg, den 1. September 1929. Rundschreiben Nr. 23. betreffend arbeitslose Kameraden. Die erwerbslosen Kameraden haben sich mit ihrem Mitgliedsbuch vor oder bei Eintritt der Arbeitslosigkeit beim Sozialausschuß Duisburg, Mülheimer Straße Nr. 48, zwischen 11 und 12 Uhr, zu melden. Bei langer und anhaltender Arbeitslosigkeit ist diese Meldung zwischen dem 1. und 4. jeden Monats zu wiederholen, andernfalls erfolgt keine Aufnahme in die Monatsliste der zu betreuenden Kameraden.

Weiter teilt die „Volkstimme“ mit, daß in dem Haus Mülheimer Straße 48, in dem sich die Stahlhelmer melden sollen, sich die Büros folgender Organisationen befinden: Arbeitgeberverband der Hüttenwerke und Maschinenfabriken a. d. Ruhr, Arbeitgeberverband der Maschinen- und Eisenbauanstalten und sonstige Betriebe in Duisburg und Umgebung, Arbeitgeberverband Groß-Duisburg, Abteilung Eigentumschutz, Arbeitgeberverband der elektrotechnischen Industrie des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes, Maag, Syndikus.

Es zeigt sich also, daß die Unternehmer des Ruhrgebietes die Geldgeber des Stahlhelms sind und sich in diesem eine gelbe Truppe zum Kampf gegen die revolutionären Arbeiter heranbilden wollen. Arbeiter, handelt auch ihr und bildet antifaschistische Abwehrorganisationen!

## Verfälschter Strafpruch den Streikbrechern

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde über den Nötigungsparagrafen beraten. Zu den ganz gefährlichen Bestimmungen schon des geltenden Strafrechtes gehört die Nötigung. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre wird bestraft, wer einen anderen widerrechtlich durch Gewalt oder durch Drohungen mit einem Verbrechen oder Vergehen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt. Die Bestimmung ist jetzt jeder ein gesundes Fressen für die Strafrichter, die streikende Arbeiter, Betriebsbeauftragte und Streikführer ins Gefängnis geworfen haben, weil sie einmal gegenüber einem Streikbrecher sich nicht gerade höflich verhalten, oder ein



Deutsche Herzogin in Moskau. Auf Einladung sowjetischer Revolutionäre reist die Herzogin in der Sowjetunion. Unter Mitwirkung des Moskauer Stadtrats Dr. Schmitz in Moskau.

anderemal dem Untertanen gegenüber getreten sind. Die Bestrafung war um so leichter, weil schon der Versuch einer Nötigung verfolgt wird.

Der neue Strafgesetzentwurf verschärft den Nötigungsparagrafen noch. Es bleibt bei der Strafbarkeit des Nötigungsversuchs. Hinzu kommt, daß schon die bloße Drohung mit Gewalt oder mit einem Verbrechen oder Vergehen, also schon ein großes Wort, das gegen einen Streikbrecher gefallen ist, zur Verurteilung wegen Nötigung ausreicht soll. Das sollte aber an diesem Entwurf ist die ungeheure Erhöhung der Strafandrohung. Die Gefängnisstrafe wird für die Regel ständig von einem Jahre auf fünf Jahre erhöht. Für besonders schwere Fälle soll es Zuchthaus bis zu fünf Jahren geben. Gute Zeiten für Streikbrecher!

Genosse Alexander forderte die Streichung des ganzen Paragrafen, weil er es für ausfindlos erachtet, daß durch keine Besserungen bewirkt werden könnte, daß er nicht in der Hand des bürgerlichen Klassenrichters gegen streikende Arbeiter angewandt werden könnte. Der sozialdemokratische Berichterstatter erklärte zwar die Gefährlichkeit dieses Paragrafen an. Er beantragte die Streichung der Strafbarkeit des Versuches und der Zuchthausandrohung. Die Mehrheit des Ausschusses hielt an der Verhängung der Gefängnisstrafe. Trotzdem erhob sich bei der Abstimmung gegen die Aufrechterhaltung des Paragrafen keine sozialdemokratische Hand gegen ihn. Grundtatsache sind die Herren also mit dem Schutz des Streikbrechers einverstanden.

## Immer neue Verhaftungen von Bankiers

Berlin, 30. September. Der 52 Jahre alte Bankier Ludwig de Leopold, der Mitinhaber und erste Direktor der Internationalen Kredit AG, wurde gestern, Montag, auf Antrag der Oberstaatsanwaltschaft in seiner Berliner Wohnung verhaftet und dem Vernehmungsbüro vorgeführt. Ludwig de Leopold wird vorgeworfen, an den großen Hypotheken-Schwindelaktionen seines Bankagenten Schulz in Frankfurt an der Oder beteiligt zu sein.

## Vorläufiges Ergebnis der englisch-russischen Verhandlungen

Nach amtlichen Meldungen aus London haben sich Henderson und Domogawski, der Vertreter der Sowjetunion, über die Liste der Fragen geeinigt, die nach Ernennung von Heiberzeitigen Boten und Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Gegenstand englisch-russischer Verhandlungen sein sollen. Wie das „Berliner Tageblatt“ feststellt, bedeutet diese Regelung einen Erfolg des russischen Standpunktes und einen Rückzug der englischen Regierung, die bekanntlich als Voraussetzung für die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen eine Erfüllung der alten bolschewistischen Forderungen (Anerkennung der russischen Schulden und Propagandaverzicht) verlangte. Es ist sicher, daß der Erfolg der Sowjetunion zu gewissen hässlichen Auseinandersetzungen im Lager der englischen Imperialisten Anlaß geben wird, sobald die Verhandlungen mit Domogawski abgeschlossen sind. Noch ist dieser Abschluß der Verhandlungen nicht erfolgt, weitere Kompensationen und neue Forderungen der Nationalregierung sind durchaus möglich, so daß ein abschließendes Urteil über den Verlauf des Konflikts heute noch nicht gefällt werden kann.

# ANNA

IVAN OLBRACHT

## Das Mädchen vom Lande

### DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Inter. stionaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

„Du machst, als du vor dem Krieg als Beamter des kaiserlichen Innenministeriums in unsere Gesellschaft kamst, warst wir uns alle einig, daß du ein Engel bist. Aber dann haben wir den ersten Eindruck vergessen, und das war ein Fehler. Jetzt bin ich jetzt überzeugt, daß du für die Arbeit schmutzige Arbeit verrichtet hast, daß du die Arbeit für die Majestät mit derselben Begeisterung und dem gleichen Raffinement verrichtet hast, wie du es jetzt für die Republik tust.“

Er jagte dies mit einer hölzernen Ruhe. Zum erstenmal seit der Ministerialdirektor bei diesem ungleichen Zweikampfe vor dem Angriff Zambals die Augen. Er erwiderte sogar. Nur ein kleines bisschen, und nur für einen kurzen Augenblick, so, als es er sich Norm machen wollte, daß er kein Recht habe, sich zu erregen, kein Recht, die Wunde mit einer anderen, schärferen zu vergelten, daß er nicht einmal das Recht habe, das Tempo seines Angriffs zu verschärfen, und daß es seine Pflicht sei, mit ruhigem, vorher berechnetem Schritt dem Ziele zuzustreben, das er erreichen mußte.

„Es ist ein Irrtum, wenn du meinst, daß ich gekipelt habe“, sagte er, „aber es gereicht mir nicht zur Unehr, daß ich auch damals ein gewissenhafter Beamter war. Ich schäme mich dessen nicht, daß wir auch damals für die Ruhe und für die Sicherheit der Bürger gekämpft haben.“

Zambal lachte herzlich.

„Na ja, ich sage ja auch nichts anderes, was du hast sehr gut dafür gesagt! Du hast bis zum Weltkriege sehr gekämpft. Im übrigen scheint's, daß wir zu Ende sind. Ich glaube, ich kann jetzt gehen.“

„Ich bitte dich noch um einen Augenblick.“

„Was gibst du denn noch?“

„Ich würde gern mit dir ein wenig politisch sprechen.“

„Politisch? Das hat schon Habermann getan.“

„Er hat nicht alles gesagt.“

„Bitte! Es beginnt sogar mich zu interessieren. Ihr fürchtet den Bürgerkrieg. Das ist begreiflich, denn ihr werdet dabei alles verlieren. Ich könnte dir sagen, daß es gegen den Bürgerkrieg nur ein Mittel gibt. Das wäre, daß ihr euch freiwillig zur politischen und eurer Eigentumsprivilegien begeben. Du wirst mir darauf antworten, daß dies unmöglich ist, und wir werden wieder da stehen, wo wir jetzt sind. Ihr fürchtet euch, also gut, aber was weiter?“

„Die gegenwärtige Ordnung läßt die Enteignung nicht zu, und wir wollen auch die jetzige Ordnung nicht ändern, weil wir überzeugt sind, daß sie der Mehrheit der Bevölkerung am besten entspricht.“

„Daß sie euch am besten entspricht!“

„Tawohl, ich gehöre auch zu jener Mehrheit. Wir wollen uns allerdings anders schützen. Wir wollen eine größtmögliche Anzahl zufriedener Leute schaffen, auf die wir uns stützen können. Man kann nicht alle befriedigen.“

„Das bedeutet, daß man die Arbeiterklasse nicht befriedigen kann.“

„Ihre breitesten Schichten vorläufig nicht; du weißt, daß viele Versuche in dieser Richtung unternommen wurden, daß der gute Wille vorhanden war, daß ihr eure besten Leute in der Regierung habt. Die Wirtschaftslage läßt mehr nicht zu.“

„Sprichst du aufrichtig?“

„Mit unserer Bodenreform, unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik verfolgen wir das Ziel, in allen Schichten der Bevölkerung selbständige, vermögende, zufriedene und dem Staate ergebene Bürger zu schaffen.“

„Nur unter der Arbeiterschaft nicht, und alles auf Kosten der Arbeiter. Darin liegt ja eben die Gemeinheit, die man bekämpfen muß.“

„Auch unter der Arbeiterschaft wollen wir eine Schicht zufriedene schaffen.“

„Das höre ich zum erstenmal.“

„Wir können nicht die Hälfte der ganzen Klasse befriedigen, aber ihre Führer, die besten Männer der Arbeiterschaft, können wir

nach den Gesetzen der natürlichen Auswahl zu wohlhabenden und zufriedenen Menschen machen. Eine ganze Anzahl eurer Leute ist zu Aufsichtsräten von Banken und Wirtschaftsunternehmungen ernannt worden. Wir haben ihnen hohe Einnahmen aus politischen, kulturellen und humanitären Institutionen bejagt. Warum haben wir dies getan? Aus persönlicher Sympathie? Nein, um sie von den Lauen der Straße unabhängig zu machen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, eine staatsbehaltende und reelle Politik zu machen, die alles in allem auch für die Arbeiterklasse die allein richtige ist.“

Zambal lachte ironisch.

„Willst du mich auch korrumpieren?“

Der Ministerialdirektor überging die Frage und fuhr fort:

„Ueberdies, und warum sollte ich das leugnen, haben wir es auch getan, um sie uns zu verpflichten. Wir haben diesen Arbeiterpolitikern noch auf andere Weise Geld zu verdienen gegeben, zum Beispiel auf dem Wege des Geschäftes, und sie zeigten sich hierbei...“

der Ministerialrat lächelte kaum merklich, „... sehr talentiert.“

Und jetzt fuhr er etwas langsamer als vorher, und mit einem Grad eindringlicher als vorher fort. Sein Ton blieb jedoch immer der eines Weltmannes.

„Ihre Frauen und Töchter waren uns ausgezeichnete Helferinnen. Das ist schließlich nur menschlich und ganz begreiflich. Warum sollte die Frau eines sozialistischen Politikers nicht anständig wohnen, im Auto fahren, Seidenwäsche und Pelze tragen und eine Toge im Theater besitzen? Frauen sind beweglicher als Männer, die man schwer vom harten Prinzip zur praktischen Arbeit bringen kann. Also kurz gesagt, das Geschäft hat uns gleichfalls gute Dienste geleistet, und wenn sich ein Arbeiterpolitiker bei Lieferungen, die wir ihm anvertraut haben, nicht so korrekt benahm, wie wir es von einem Berufsaufmann verlangen würden, mußte man eben ein Auge zudrücken. Ich spreche heute ganz aufrichtig, wir waren froh, wenn er ein bisschen inkorrekt war. Auch Inkorrektheit verbindet. Wer einmal ein nicht ganz reelles Geschäft mit uns getätigt hat, muß sich dessen bewußt sein, daß wir immer die Möglichkeit haben, dies seinen Wählern mitzuteilen.“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik, Religion, Sport und Niederländischen Mittel Thomas, Dresden; für Baden-Württemberg, Gewerkschaft und Betrieb Wilhelm, Dresden; für Oberhessen Gerhard Schulz, Gießen; für Unterhessen August, Kassel.



Kampfabpell der oppositionellen Betriebsräte

An die Arbeiterschaft in DG.

Am vergangenen Sonntag fand in Hindenburg eine Konferenz der oppositionellen Betriebsräte statt. Nachdem wir bereits gestern einen kurzen Bericht über den Verlauf der Tagung veröffentlicht haben, drücken wir heute den Kampfauftrag ab, den die Konferenz beschlossen hat, an die ober-schlesische Arbeiterschaft zu richten. Der Kampfauftrag lautet:

Organisiert den Kampf um zwischentarifliche Lohnerhöhung und die Siebenstundenschicht, gegen kapitalistische Ausbeutung, gegen Nationalisierung und Zerstörung

Die politische und wirtschaftliche Lage verschärft sich in rasendem Tempo. Je gespannter diese Lage und die Krise des Kapitalismus, um so mehr versuchen die Unternehmer durch politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiter, dieser Krise Herr zu werden. Sie setzen deshalb die brutale kapitalistische Nationalisierung mit aller Schärfe fort. Die Arbeitszeit wird verlängert und die Arbeiterschaft ausgebeutet, andererseits werden aber Feiertage eingelegt, die Löhne werden gekürzt, und durch erhöhte Anreizel die Produktion trotz Arbeiterentlassungen in die Höhe getrieben. Damit steigen die Profite der Unternehmer ganz enorm. Demgegenüber wächst die Massenarbeitslosigkeit gewaltig. Die Koalitionsregierung ist gerade in diesen Tagen dabei, Hunderttausenden der Erwerbslosen die Unterstützung zu rauben, einem anderen Teil einzuschneiden und den Beitragssatz zu erhöhen. Die Sozialfürsorge im Reich, Staat und Kommune wird gedrosselt und teilweise ganz abgebaut. Die Zerstörung für Mieten, Lebensmittel und Verbrauchsgüter steigt infolge der erhöhten Zölle und Sabotage der Großagrarien sowie des Wuchers der Hausagrarien ins Ungeheure. Die zunehmende Verelendung der breiten Massen beschränkt sich nicht nur auf das Proletariat des Industriebezirks, sondern sie erstreckt sich auch auf die große Zahl der Proletarier auf dem flachen Lande, wie besonders Saison- und Landarbeiter, Siedler, Pächter, kleine Bauern. Durch die Verwüstung, Konzentrierung des Kapitals werden die Kleinen Bauern und Kleinen Geschäftleute sowie Gewerbetreibenden an den Rand des Ruins gebracht.

Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Bezirk Oberschlesien in der Woche vom 16. bis 21. September 1929 22 056. Im selben Monat des Vorjahres betrug die Ziffer nur 13 809. Das bedeutet also, daß noch in der Zeit der sogenannten Konjunktur und des Baumarcktes die Ziffer der Erwerbslosen gegenüber dem Vorjahr um beinahe das Doppelte höher ist. In den Drahtseilwerken von Weichsel, auf den Drahtwerken der W.D.G. und auf einigen Grubenanlagen werden Feiertage durchgeführt. Die Arbeitszeit beträgt 10 bis 12 Stunden und steigt bei der Eisenbahn infolge der Dienstdauervorschriften auf 16 Stunden.

Die absolut unzureichende prozentuale Lohnerhöhung war schon bei Verkündung des Schiedsspruches durch die wachsende Zerstörung der Lebenshaltung überholt. Der Realwert des Lohnes ist tief gesunken. Die Großhandelspreise stiegen vom Frühjahr bis August d. J. für Rindfleisch um 10,2 Prozent, für Schweinefleisch um 10,6 Prozent. Bei den Preisen für Brot, Getreide usw. ist die Spanne noch größer. Dasselbe gilt für die Mieten in den Arbeiterwohnungen. Der Arbeiter muß fast einen halben Monat schwer schuften, um das Geld für die teure Miete zu verdienen.

Die Koalitionsregierung, in der vier Sozialdemokraten als Reichskanzler und Minister sitzen, steht bei den Konzernen, Trufts und Großagrariern. Sie kümmert sich nicht nur nicht um die Not der proletarischen Schichten, sondern sie unterstützt den Ausbeutungskampf gegen die Arbeiter. Sie gibt Hunderte von Millionen für Rüstungszwecke des Imperialismus aus, weitere Hunderte von Millionen für Meer, Marine, Polizei, Justiz und die Kirche.

Setzen sich die Arbeiter gegen die Verelendung und Ausbeutung zur Wehr, dann ist es die Regierung, die in den Kampf zugunsten der Unternehmer eingreift. Sie verweigert ausgesperrten Arbeitern jegliche materielle und moralische Hilfe. Sie läßt Streikführer beschlagen, Streikführer verhaften, demonstrierende Arbeiter auseinanderjagen und niedermekeln. Die staatliche Schlichtungsmaschine wird eingesetzt, und scheidet die Arbeiter an schändliche Schiedssprüche mit außerordentlich langer Dauer.

Dieses Zwiespahn der Regierung mit den Unternehmern wird vervollständigt durch den dritten Feind der Arbeiterklasse, die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer.

Diese „Führer“ sind es, die den Arbeitern den Wirtschaftsfrieden, die Wirtschaftsdemokratie predigen, sie vom Kampf um bessere Lebensbedingungen abhalten, den staatlichen Schlichter anrufen, sich seinem Spruch bedingungslos fügen und im Falle des Kampfes der Arbeiter Streikgarden organisieren, um den Kampf der klassenbewußten Arbeiter zu brechen. Um innerhalb der Gewerkschaften diesen verbrecherischen Kurs durchzuführen zu können, schließen die Reformisten die Opposition aus den Verbänden aus, lösen ganze oppositionelle Ortsgruppen auf und spalten die Gewerkschaften zum Schaden der Arbeiterklasse. Dabei treiben sie die wüßteste Heze in Wort und Schrift gegen die klassenbewußten revolutionären Arbeiter und ihre einzige Stütze, die kommunistische Partei, und die Sowjetunion. In den Betrieben wird mit aller Macht der Faschismus gezüchtet. Der Staat begrüßt und unterstützt die faschistischen Brutstätten. Reformisten und die Sozialdemokratie sind durch den Sozialfaschismus mit in die Aera des Faschismus eingeschwenkt.

Die imperialistische Kriegspolitik, die sozialdemokratische Koalitionspolitik, die neuen Nationalisierungsmassnahmen der Unternehmer, die Zoll- und Wucherpolitik der Regierung, der Unterstützungskraub an den Erwerbslosen und die reformistische Tarifpolitik zwingen die Arbeiterklasse, alle Kräfte zusammenzureißen und einzusetzen zum Kampf für Verbesserung der Löhne und Herabsetzung der Arbeitszeit, gegen den Unterstützungskraub an Erwerbslosen und Sozialrentnern, gegen Reformismus und Sozialfaschismus, gegen imperialistische Kriegspolitik gegenüber der Sowjetunion, gegen die kapitalistische Nationalisierung und ihre Folgen.

Dieser gigantischen Kampf kann die Arbeiterklasse nur organisieren und siegreich führen, wenn sie in den Betrieben und bei den Erwerbslosen die Voraussetzungen dafür schafft. Die wichtigsten sind:

1. Etablierung von Belegschaftsversammlungen auf jeder Anlage und Abhaltung von Erwerbslosenversammlungen zum

Zweck der Aufklärung der Arbeiter und zur Organisierung des Kampfes.

2. Ständige organisatorische und politische Zusammenfassung der revolutionären Betriebsräte und ihrer Kandidaten.

3. Bildung eines ständigen revolutionären Vertrauensmännerkörpers im Betrieb.

4. Straffe Zusammenfassung der Gewerkschaftsopposition zum Zweck eines erfolgreichen Kampfes gegen Reformismus zur Vorbereitung der kommenden Ortsverwaltungs- und Betriebsräteahlen und zur Auslösung und Führung von Wirtschaftskämpfen.

Arbeiter! Klassengenossen! Ober-schlesien! Schafft diese Voraussetzungen so schnell und umfangreich wie möglich. Organisiert den Kampf um höheren Lohn und um den Siebenstundentag ohne Rücksicht auf die langfristigen Tarife, im Wege einer zwischentariflichen Regelung. Wehrt euch gegen die kapitalistische Ausbeutung und Nationalisierung, gegen die Schandpläne der Koalitionsregierung gegenüber den Erwerbslosen. Kämpft gegen die imperialistische Kriegstreiber, die den Fort der Arbeiterklasse, die Sowjetunion, überfallen und vernichten wollen. Vernichtet und zerschlagt den Faschismus und Sozialfaschismus.

Reichswehr-Interpellation der Kommunistischen Partei

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am 28. September die folgende Interpellation eingebracht:

„Die Enthüllungen der „Roten Fahne“ über die direkte Beteiligung hoher Reichswehroffiziere an faschistischen Umsturzplänen und die engen Verbindungen von Reichswehroffizieren zu den bürgerlichen Bombenlegern haben in der gesamten Öffentlichkeit das größte Aufsehen erregt. Die „Rote Fahne“ stellt fest:

1. Verbindung des Reichswehroffiziers Jäschke (Lübeck) mit dem Bombenattentäter Weichle (Dachau) durch ein Schreiben vom 16. Juni 1929.

2. Verbindung des Generalmajors v. Hammerstein mit dem Landbundputschisten Major a. D. v. Gaja. Hammerstein erhielt ein Schreiben von Gaja, datiert vom 26. April 1929, in welchem Gaja genaue faschistische Diktaturpläne entwickelt und Hammerstein als den kommenden Diktator vorschlägt.

3. Verbindung des Generalmajors v. Hammerstein mit dem Faschisten Freiherr von Eckardt in Pröfel und dem „Verein Hirschmann“, in dem Offiziere mit Führern der Landbundbewegung und der faschistischen Organisationen strategische Umsturzpläne aufstellten.

4. Verbindung des Reichswehrministerialrates Wandersleben mit den faschistischen Vorschusskassen und dem Führer des Stahlhelms, Major a. D. v. Stefani.

5. Verbindung des Hauptmanns Frege (Oppeln) zu dem faschistischen Verband Eshornhorst, für den der Hauptmann 300 „Patent“ erworben hat.

Die enge Verbindung zwischen Reichswehr und faschistischen Organisationen beweisen ebenfalls die Vorgänge in Hannover am 22. September 1929. Dort nahm der kaiserliche Generalfeldmarschall Mackensen die gemeinliche Parade des Reichswehrrerimentes Nr. 13, des Stahlhelms und der Kriegervereine ab.

Auch das Schreiben eines hohen Königsberger Offiziers an den General Frege, in dem er als Chef der Reichswehr aufgefordert wird, gegen den Oberst von Bonin einzuschreiten, weil dieser Bonin „demokratischen Ideen“ huldige, beweist, daß der faschistische Werk systematisch mit Hilfe der höchsten Offizierskreise in der Reichswehr großgezogen wird.

Auf alle bisher bekanntgewordenen Einzelheiten über die Verbindungen der Reichswehr mit den faschistischen Organisationen, wie auch auf die Enthüllungen der „Roten Fahne“ antwortete das Reichswehrministerium entweder überhaupt nicht, oder aber durch Dementis, die schon nach kurzer Zeit als unglaubwürdig entlarvt werden konnten. Trotzdem die engen Verbindungen der führenden Reichswehrtreife mit den faschistischen Umsturzorganisationen sowohl dem Reichswehrministerium wie der Reichsregierung bekannt sind, ist bisher nicht in einem einzigen Falle gegen die Verbindungsmänner der faschistischen Organisationen in der Reichswehr eingeschritten worden. Die Zusammenarbeit von Reichswehr und faschistischen Umsturzorganisationen vollzieht sich unter ausdrücklicher Duldung und Förderung

Gruß aus Festung Gollnow



Genosse Golke besuchte im Auftrage der Partei unsere politischen Gefangenen in Gollnow

Von den anderen Beschlüssen der oppositionellen Betriebsrätekonferenz ist hervorzuheben: An die kommunistische Reichstagsfraktion wurde ein Schreiben gerichtet, in dem gelobt wird, den Kampf gegen den Unterstützungskraub außerparlamentarisch zu unterstützen.

In die streitenden Kämpfer in Berlin wurde ein Begrüßungsschreiben gerichtet.

Eine im Saale veranstaltete Sammlung erbrachte einen namhaften Betrag. Er wurde an die Internationale Arbeiterhilfe zur Weiterleitung an die Streikenden abgegeben. Die auf der Konferenz vertretenen Jungarbeiter, die in ihren Diskussionsbeiträgen die Lage des Jungproletariats schilberten, schlugen der Konferenz vor, einen Appell an die Jungarbeiterchaft Oberschlesiens zu richten. Den Kampfabpell werden wir noch veröffentlichen.

Um die mit der Opposition sympathisierenden Betriebsräte von dem Besuch der Konferenz abzuhalten, beriefen die Sozialdemokraten Kossahl und Co. zur selben Stunde in einem anderen Lokal eine andere Konferenz ein. Einige aus dem Verband ausgeschlossene Betriebsräte wurden dort unter Drohung mit einer Klage wegen „Hausfriedensbruchs“ aus dem Saale gewiesen. Also eine Spaltung! Als Referent hatte die reformistische Belegschaft einen Beamten der Bergbehörde (1) verschrieben, der über Unfallverhütung sprach. Anschließend folgte Kossahl, daß die hohe Unfallkosten in Oberschlesien die „Eigenart des Bergbaues“ zur Ursache habe — also nicht das Antreibersystem. Im zweiten Tagesordnungspunkt sagten die Gewerkschaftsbeamten, die Forderung nach einer zwischentariflichen Lohnerhöhung sei „kommunistischer Unfug“. Alles in allem war die von den Reformisten organisierte Konferenz zur Einseitigkeit der Bergarbeiter bestimmt, damit sie ja nicht auf den Gedanken kommen, den Kampf gegen das Unternehmertum zu organisieren.

des Reichswehrministers Groener und der Hermann Müller Regierung.

Ist der Reichskanzler Hermann Müller als der für die Politik der Reichsregierung Verantwortliche bereit, sich zu den Enthüllungen der „Roten Fahne“ und den Zuständen in der Reichswehr sofort vor dem Reichstage zu äußern?

Su den englisch-amerikanischen „Abrüstungs“-verhandlungen



Macdonald Botschafter Howard Hoover Staatssek. Stimson

Verfolgung der Presse in Jugoslawien

Nach Proklamierung der militärisch-faschistischen Diktatur in Jugoslawien wurde die gesamte revolutionäre Arbeiterpresse verboten. Für die übrigen, bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen wurde eine Präventivzensur eingeführt. Diese Präventivzensur wird von der Polizei und nicht mehr von den Gerichten ausgeübt. Alle Artikel, die für eine Zeitungsummer bestimmt sind, müssen der Polizei übergeben werden, bevor diese Nummer gedruckt ist. Jeder Artikel, der eine noch so lokale Kritik an dem gegenwärtigen Regime ausübt, der Nachrichten über politische Verhaftungen oder über die Lage der politischen Gefangenen enthält, wird erbarntungslos beschlagnahmt. Wenn aber ein Artikel von der Zensur konfisziert wird, muß er durch einen anderen ersetzt werden; leere Stellen darf die Zeitung nicht enthalten, weil das ebenfalls „aufregeht“ sein würde. Diese unheimlich scharfe Zensur, die jede freie Meinungsäußerung unmöglich macht, ist den jugoslawischen Machthabern noch immer nicht genügend. Viele bürgerliche Zeitungen werden auch noch nach der Zensur beschlagnahmt, zum allergrößten Teile aus ganz richtigen Gründen. Hierfür nur ein Beispiel:

Die Zagreber Zeitung „Slobodni Glas“, ein Organ der bürgerlichen lokalen Opposition der Raditsch-Anhänger, wurde in der Zeit vom 1. bis 12. September insgesamt siebenmal beschlagnahmt. Unter anderem waren folgende Artikel ein Grund für die Konfiskation des ganzen Blattes: „Macdonald hat gesprochen“, „Ablehnung von Annoncen der Buchhandlung Marie Raditsch“, „Fragen und Probleme unserer Emigration nach Südamerika“, „Tragischer Tod eines Bauern“ (1), „Slowaken und Tschechen“, „Dänemark führt eine vollständige Wristung durch“, „Intrigen gegen den Pazifismus“, „Eine katholische Mission“ usw. Wie man aus diesen Beispielen sieht, existiert in Jugoslawien von einer Pressefreiheit keine Spur mehr; sogar die bürgerliche, lokal-oppositionelle Presse wird durch Präventivzensur und Konfiskation vollkommen unterbunden.

Darshan, 29. September. Der margistische Arbeiterverlag „Kajala“ („Das Buch“) wurde durch die faschistische Polizei zerstört. Die Verwüstung wurde durchgeführt, indem man eine zweitägige Hausdurchsuchung in dem kleinen Lokal veranstaltete. Man beschlagnahmte und warf ins Gefängnis den Leiter des Verlages, einen bekannten Vorkämpfer der Arbeiterbewegung Polens, Alexander Dostowski, den Verkäufer Maciaszel, den Buchhändler Marjanek und den in der Buchhandlung amwesenden Redakteur der proletarischen Freidenker-Zeitschrift „Myśl“ („Der Gedanke“), Mieczkowski.

Zwecklagen der Kapitalisten

Charlotte, 29. September. Die bürgerliche Presse verbreitet die Mitteilung, daß ein Mandat den Versuch gemacht habe, die Reichsanwälte der Zentralfiskus zu töten. Diese Meldung ist ein Teil des Terrorismus, der gegenwärtig vor der Wiederannahme des Galtona-Prozesses, die anfangs Oktober vorgesehen ist, und vor der Textilarbeiterkonferenz der sächsischen Bundesstaaten, die am 12. Oktober zusammentritt, besonders verstärkt wird.







Der Raubmord auf der Malergasse vor Gericht

Vor dem Schwurgericht begann heute vormittag die Verhandlung gegen den Klempner Viktor Riefel wegen versuchten Totschlags an der Prostituierten Ruffe auf der Malergasse.

Blutbad infolge Familienstreitigkeiten

Gestern gegen 13 Uhr hat der Malergasse Emil Trettin auf der Mühlstraße 10 II wohnhaft, seinen neunzehnjährigen Sohn Georg in seiner Wohnung nach vorhergegangenem Streit mit einer Schere durch einen Stich in den Hals so schwer verletzt, daß er in das Kaiser-Wilhelm-Hospital eingeliefert werden mußte.

Wertwürdiger Tod des Architekten Lemsch

Am Sonntag wurde in seiner Wohnung Feldstraße 18 der Architekt Walter Lemsch im Bett tot aufgefunden. Angeblich soll Herzschlag die Todesursache sein, doch ist anzunehmen, daß Selbstmord vorliegt.

Der nationale Bettvorleger

Vor den Auslagenfenstern der „Schlesischen Zeitung“ auf der Schweidnitzer Straße drängen sich die Leute. Was gibt es da zu sehen? Die größte Kartoffel von Niederösterreich, die auf dem Acker eines Abonnten der „Schlesischen Zeitung“ gewachsen ist?

Seit zwei Jahren auf der Viehweide

Der Schwerbeschädigte Kurt Rupprecht schreibt uns: Seit zwei Jahren stehe ich mit Frau und drei kleinen Kindern in der Parade auf der Viehweide. Kriegsbeschädigtenfürsorge, Wohlfahrtsamt und Wohnungskommission „mittelstern“ geradezu gegenständig, mir eine Wohnung zu besorgen.

Strassenunfälle. Gestern gegen 11 Uhr fuhr auf der Hundsfelder Straße ein Lastwagen infolge Versagens der Steuerung gegen einen Baum. Hierbei wurden die auf dem Lastkraftwagen fahrenden Personen verletzt.

Strassenraub. In der heutigen Nacht gegen 23.30 Uhr wurde der Lehrerin A. B. an der Kasse der Straßenbahn Lehndamm Ecke Blücherstraße die Handtasche mit 30 Mark Inhalt von zwei jungen Burken entziffen.

Eine Ladung Weizen zu Gelde gemacht. Ein unbekannter junger Mann hat in den letzten Tagen ein Gespann in der Nähe der Marienmühle, das mit einer Ladung Weizen auf dem Wege nach der Mühle war, angehalten, und den Kutscher veranlaßt, den Weizen in die Partlieber Mühlenwerke zu fahren.

Stromerlegung. Die im Grundstück Neuwelgasse 6/10, 2. Stod, befindliche Dienststelle für Ausfertigung der Steuerarten wird vom 1. Oktober ab nach dem Grundstück Am Rathaus 26, 2. Stod, verlegt.

Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn für den Monat Oktober werden in den bekannten Verkaufsstellen und zu den üblichen Tageszeiten verkauft.

Note Hilfe Zentrum. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Krndt, Malergasse. Alles muß erscheinen. Wichtige Mitteilungen.

Das neue Warenhaus Barasch

Am Sonnabend wurde das umgebaute Warenhaus Barasch nach zwoeltägiger Schließung wieder eröffnet. Der Umbau hat sich weniger außen, als vor allem innerhalb des Warenhauses ausgewirkt, wo nicht weniger als 1000 Quadratmeter Raum gewonnen wurden, die natürlich eine beträchtliche Erweiterung der Verkaufsmöglichkeiten bedeuten.

Die kommunistische Partei hatte in Verbindung mit dem Landes-ausschuß der Erwerbslosen für gestern abend nach dem Neumarkt zu einer Protestkundgebung gegen den am gestrigen Montag im Reichstag verabschiedeten Unterstützungsgesetz an den Erwerbslosen ausgerufen.

Um 19.15 Uhr eröffnete Genosse Reimann die Kundgebung, worauf Genosse Wollweber in kurzen, aber eindringlichen Worten den Versammelten vor Augen führte, um was es sich bei den Reichstagsberatungen über die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung handelte.

Kremsier, Blant und Sent suchen Dumme

Erfolgreiche Wahlpropaganda in einer Gemeindefabrikantenversammlung

Vergangene Woche fand eine Versammlung der Breslauer Gemeindefabrikanten statt. Sie sollte Wahlpropaganda für die Sozialdemokratie sein. Die Tagesordnung: „Die Gemeindefabrikanten und ihre Bedeutung für die städtischen Arbeiter“ brachte kaum 300 Mitglieder in die Versammlung.

Als erster Diskussionsredner sprach der Kollege Henschel von der Opposition. Sein Hinweis auf die arbeitereindliche Politik der SPD im Reich, in Staat und Kommune (siehe Panzerkreuzer, Konfodrat, Kinderpeinigung, Arbeitslosenversicherungsgesetz, Demonstrationenverbot am 1. Mai, der Wuma-Stand, die Mietsteigerungs-komodie und der Austritt der rechten SPDler aus der Fraktion)

Im Schlußwort machte Kremsier seinem bedrängten Herzen in nicht gerade sachlicher Weise Luft. Die Kritik Henschels war ihm sichtlich sehr auf die Nerven gefallen. Seine geistigen Qualitäten besonders hervorhebend, weiterte er gegen die los, die sich unterstehen, ihm zu widersprechen.

Alles in allem war die Versammlung alles andere als ein Erfolg für die Sozialdemokratie. Die städtischen Arbeiter haben von der „völkerebrendenden SPD“ die Nase voll!

„Und mich will es schier bedanken...“

Vergangene Woche veranstaltete der Verkehrsbund eine öffentliche Straßenbahnerversammlung. Die Versammlung hatte den Zweck, die Mitglieder der christlichen Organisationen zu veranlassen, dem Verkehrsbund beizutreten.

50 Mark

kann jede unserer Ortsgruppen erhalten. Sie braucht dazu lediglich 10000 Exemplare unserer Wochenansgabe in den letzten sechs Wochen abzusetzen. Um das Erreichen zu können, muß jede Ortsgruppe ab sofort den Vertrieb der Wochenansgabe von Woche zu Woche steigern. Also: Vorwärts!

Mittelschlesien

Drieg. Eine öffentliche Versammlung findet am Freitag um 20 Uhr statt. Thema: Infanteriekrieg oder Sowjetstern. Ohlau. Selbstmord. Der Schneider Otto Reizer von hier legte sich einen Strid um den Hals und sprang in der Scheune vom Gerüst in die Tiefe.

Arbeiter auf, sich mit eigenen Kräften gegen die Patentkreuzer zu wehren, und diesen Streikern mit den gleichen Mitteln entgegenzutreten, die diese selbst anwenden, und vor allem die Arbeiter wehren auszubauen.

Nach einem vom Genossen Reimann angeführten und von den Versammelten begeistert aufgenommenen Satz auf die kommunistische Partei formulierte sich ein freier Demonstrationssatz, der unter dem Gesang revolutionärer Lieder und Märschen auf die Regierung des Führers, durch die Große Straße, Leitzgasse, Bräder-, Lanzen-, Bahnhofsstraße nach dem Reichstagsplatz marschierte, wo die Kundgebung erfolgte.

Zu Zwischenfällen ist es gestern, abgesehen davon, daß einige weniger uniformierte Polizisten eine wohlverdiente Tracht Prügel erhalten, nicht gekommen. Wenn in Zukunft die gefürchtete Polizei vertretenen Polizei ganz zu Hause bleiben würde, wäre das nicht nur für die Durchführung der Demonstrationen besser, sondern würde es auch nicht vorkommen, daß durch die Unvorsichtigkeit der mit den Autos dahinjagenden Polizeikräfte sich zu einem Verkehrsunfall zwischen einem Polizeikarosse und einem Straßenbahnwagen geschah.

Die letzte Streitversammlung der Kohlenarbeiter

Über den abgemängten Kohlenarbeiterstreik berichteten wir bereits in der Sonnabendausgabe. Welche Erbitterung die betrogenen Kohlenarbeiter beherrscht, zeigt nachfolgender Versammlungsbericht. Die Empörung der Kollegen zeigte sich in der letzten Vollversammlung im Gewerkschaftshaus.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband
Breslau
Gruppe Korb. Dienstag 20 Uhr bei Mühlger Gelmadenb. Funktionäre eine Stunde früher.
Breslau. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei der Kasse im „Ankerheim“. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Gäste anderer Gruppen haben keinen Zutritt.
Breslau. Mittwoch 20 Uhr Spielabend im Heim, Korbhof, gelbes Zimmer. Spiele sind mitzubringen. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.
Jung-Partialis-Bund.
Breslau.
Gruppe Hoels (West). Dienstag 18 Uhr Gruppenabend im „Ankerheim“. Beibehaltung. Gäste willkommen.
Gruppe Süd. Mittwoch 17 Uhr Gruppenabend im „Eisenbahn“.
Solltestraße 23.
Roter Frauen- und Mädchenbund
Breslau.
Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Korbierstraße, Ecke Rad- u. Leitzgasse.
Mittwoch 20 Uhr alle Genossinnen bei Reimann, am Antonienstrasse.
Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend im Korb Korbierstraße, Ecke Leitz- und Poststraße.
Mittwoch 20 Uhr in den Union-Clerkuben Mitglieder-versammlung.
Sonstige Organisationen.
Breslau.
Note Hilfe Zentrum. Mittwoch 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Krndt, Malergasse. Alles muß erscheinen.
Note Knappert. Dienstag 20 Uhr Freiheitstraße 2. Generalprobe: alle Requisitionen mitbringen. Erscheinen aller ist Pflicht.



# Waldenburger Bergland

## Keine Ferien bei Meber Rauffmann, Wüstegiersdorf

(Arbeiterkorrespondenz)

Bestärkt durch den dauernden Verrat der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer und ihrer Kollaboranten... keine Ferien bei Meber Rauffmann, Wüstegiersdorf

Kollegen, das Maß ist nun voll. Wollt ihr noch länger zu sehen und euch einladen lassen... keine Ferien bei Meber Rauffmann, Wüstegiersdorf

## Oberes Revier

Rajz-Versammlung im Schützenhaus Gottesberg

Große Kellame machten die Nazis am Mittwoch zu ihrer großen Rajz-Versammlung... Oberes Revier

## Landeshut

Die Landarbeiter können hungern

A. K. Wir hatten schon einmal Gelegenheit, an dieser Stelle... Landeshut

Der Arbeiter gilt auch bei ihm nichts. Das zeigt so recht die Behandlung, welche sich die Arbeiter und die Dienstmädchen von ihm gefallen lassen müssen... Landeshut

# Niederschlesien

## Görlitz

Hausangestelltes

Eine Hausangestellte, die zweieinhalb Jahre in einem hiesigen Haushalt beschäftigt war, verließ die Stellung... Görlitz

6000 Arbeitsjunge

In den Hauptindustrien ist die Lage wenig verändert. Am schließlichen steht es um ungelernete Arbeiter sowie kaufmännische Angestellte... Görlitz

## Sagan

Die Kreis kommunalvertreterkonferenz

Die Vertreter der einzelnen Gemeinden folgten dem Rufe der Unterbezirksleitung... Sagan

entsprechend. Daß diese Angaben den Tatsachen entsprechen, geht am deutlichsten daraus hervor... Waldenburger Bergland

# Vorsteher Linke, Charlottenbrunn besitzt das Vertrauen

der äußersten Rechten und der Sozialdemokraten — Genosse Rose erhebt heftige Anklagen

Am vergangenen Donnerstag prangten an sämtlichen Anschlagstelen in Charlottenbrunn Plakate mit folgender Aufschrift: 'Einwohner Charlottenbrunn, erscheint in der nächsten Gemeindevorsteherwahl in Massen!'... Vorsteher Linke, Charlottenbrunn

Das Wassergeld wurde auf 25 Pfennig für die Einheimischen und 50 Pfennig für die Auswärtigen festgelegt... Vorsteher Linke, Charlottenbrunn

Nun kam der Antrag, Rose zur Verhandlung. Genosse Rose fragte an, um wieviel das Gehalt des Vorstehers erhöht worden ist... Vorsteher Linke, Charlottenbrunn

# „Sie haben uns verraten und verkauft“

Sozialdemokratische Steinarbeiter wollen von ihrer Partei nichts mehr wissen — Entlassungen in der Steinindustrie

Mehrere Arbeiterkorrespondenzen aus Striegau entnehmen wir: Bei der Firma Kober arbeiten die Steinmetze ab dieser Woche nur noch vier Tage... Soziale Arbeiter

Der Betrieb Kulmiz (Oberstret) soll überhaupt geschlossen werden... Soziale Arbeiter

Die Firma A. Weiß-Graben hat zum 3. Oktober 120 Mann gekündigt. Im Betriebe werden nun noch 60 bleiben... Soziale Arbeiter

Anders wird es erst werden, wenn die Arbeiter in Stadt und Land sich zusammenschließen und alle Ausbeuter und Beutefresser zum Teufel jagen... Waldenburger Bergland

Waldenburger Bergland. Arbeit ohne Bezahlung. Seit einiger Zeit führen die Waldenburger Bauern einen Kampf gegen die Pflichtarbeit... Waldenburger Bergland

325 Mark betragen habe, und der Vorsteher sich vom 1. Juli ab 525 Mark hat auszahlen lassen... Vorsteher Linke, Charlottenbrunn

Alle diese Anklagen wurden der Vorsteher gegeben. Er behauptete, ein Recht darauf gehabt zu haben... Vorsteher Linke, Charlottenbrunn

- 1. Dem Herrn Vorsteher ist sofort die Kasse abzunehmen. 2. Dem Vorsteher ist am 1. 10. zu kündigen. 3. Herrn M. Ruppelt, Malermeister von Charlottenbrunn, sind sämtliche Malerarbeiten vom Vabe und der Gemeinde zu entziehen.

Die Anträge wurden mit zehn gegen vier Stimmen abgelehnt. Die SPD stimmte mit der äußersten Rechten dagegen... Vorsteher Linke, Charlottenbrunn

Wer ist Linke? Herr Linke ist ein Freund des sozialdemokratischen Landrats Franz. Wir Charlottenbrunner haben genug... Vorsteher Linke, Charlottenbrunn

Soziale Arbeiter, die zu gleicher Zeit Verbandsfunktionäre sind, daß sie keine Lust mehr haben, Partei- und Verbandsbeiträge zu zahlen... Soziale Arbeiter

da ihre Führer sie doch nur verraten und verkaufen, nicht aber die Interessen der Kollegen vertreten... Soziale Arbeiter

Steinarbeiter, allein die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei zeigen euch den Weg aus dem Elend!... Soziale Arbeiter

und acht Feuerwehrleute zu einer Übungsfahrt benutzt wurde, einen schweren Unfall. In der Schmöwitzer Kurve auf der Goldberger Chaussee verlor der Führer die Gewalt über den Wagen... Soziale Arbeiter

Das Brot wird billiger. Seit Montag kostet ein helles Brot 65 Pfennige (bisher 70 Pf.), ein dunkles Brot 60 Pfennige (bisher 65 Pfennige)... Soziale Arbeiter

## Aus dem Riesengebirge

Eperanto-Kurse

Wie alljährlich, so auch diesen Herbst veranstaltet die hiesige Arbeiter-Eperantogruppe einen neuen Anfängerkursus... Aus dem Riesengebirge

Ferner beschäftigt die Gruppe, für auswärts wohnende Interessenten einen brieflichen Fernkursus zu eröffnen... Aus dem Riesengebirge

14 000 Rächte gewacht

Heute tritt der Gemeindevote und Nachwächter Heinrich Jädel in Konradswaldau in den Ruhestand... Aus dem Riesengebirge

stehenden Rohrlegern in Berlin, wie es kurz auf die Aufgaben der JAH hin, die in kommenden Wirtschaftskämpfen von uns zu beachten sind... Soziale Arbeiter

## Lauban

Ein Lehrer als Boxer und Spion

Als Spion und Boxer betätigt sich der Lehrer Ulrich von der Hiltzklasse. In einer Ecke des Schulzimmers steht belächelt ein Kasten mit Sand... Lauban

Wir fragen die Schulbehörde: Wie lange soll sich dieser „Pädagoge“ noch als Boxer und Spion betätigen?... Lauban

## Löwenberg

Schwerer Verkehrsunfall. Stellenbesitzer Herrampj aus Ottenberg fuhr am Sonntagabend mit seinem unbeluchteten Motorrad den steilen Hammerberg beim Greiffenstein hinunter... Löwenberg

Bestigung in Sehadorf niedergebrannt. In dem Gebäude des Besitzers Wieland in Sehadorf brach ein Schindelfeuer aus, das die ganze Bestigung, bestehend aus Wohnhaus, Stall und Scheune, in kurzer Zeit einäscherte... Löwenberg

## Uegnit

Schwere Straßunfälle

Das kürzlich für den Spritzenverband Uegnitzer Vorwerke beschaffte Mannschaftsauto erlitt am Sonntag, als es vom Bombenmeister... Uegnit



# Oberschlesien

## Die Straße erobert — Beuthen ist rot

### Erste Niederlage der Faschisten beim Gelbde-Tag — Wichtige Gegenkundgebung der Arbeiter Polizeiinterventionen unter Leitung des Sozialfaschisten Bed — 13 Verhaftungen

Am Sonntag fand in Beuthen ein Gelbde-Tag des ober-schlesischen Stahlhelms statt. Der Stahlhelm wollte trotz seines inneren Zerfalls (erst vor zwei Wochen ist ein prominentester Führer, von Zerboni, ausgetreten) zeigen, daß er bereit ist, die Diktatur der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse durchzuführen. Der Aufmarsch ist aber beim Faschistengefübel sehr schlecht bekommen. Die Arbeiterstadt Beuthen ließ den Stahlhelm nicht ungestraft den Versuch unternehmen, hier die Freiheit des Faschismus zur Schau zu tragen. Schon am Freitag fand eine wichtige Protestkundgebung statt. Die Faschisten ahnten auch schon, was ihnen blüht. Obwohl ein Beschluß vorlag, wurde ein Fackelzug u. a. am Sonnabend erst nicht in das Programm aufgenommen.

Die schon am Sonnabend ankündenden Faschistenbanden wurden gebührend von den Arbeitern empfangen. Überall auf den Straßen wurden die Stahlhelmer beschimpft, bespuckt und verjagt. Ein halbes Dutzend (Schwarzhaare) gegen die Stahlhelmer. Auf die Fackelung der Arbeiter zeigen davon aus Fackelung noch einzelne ihre Fackeln ein. Die Polizei geht am Sonnabend nicht ein, weil sie nicht vorbereitet war.

Der Sonntag zeigte dem Faschistengefübel sehr deutlich, daß die Arbeiterklasse an der Organisierung der Vernichtung des Faschismus ist. Die kleinen Kräfte von Faschisten wurden trotz Polizeischutz sehr schnell von den Straßen verjagt. Als gegen Mittag der Prima de Silva, Oberhauptling S. e. l. d. e., kam, setzte auf den Straßen ein stürmischer Proteststurm ein. Überall bildeten sich spontan Sprechchöre, die Niederrufe für den Faschismus und Rotfrontrufe stürmisch zum Ausdruck brachten.

Die Kommunistische Partei eine Gegen-demonstration angeleitet. Schon seit Mittag sammelten sich auf dem Marktplatz die Arbeiter an. Das nicht weit davon gelegene Faschisten-lager, Schützenhaus, geriet dadurch in arge Bedrängnis. Jeder Versuch kleiner Faschistentruppen, in die Stadt zu gelangen, scheiterte an der drohenden Haltung der Arbeiter. Beschimpft und verhöhnt mußten die Gelbde-Banden immer den Zurückzieher machen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Bed hat zwar den Faschisten einen großzügigen Schutz angeheißt, aber nur mit größter Mühe konnten sich die Faschisten ihrer Haken Haut erwehren.

Gegen drei Uhr fand auf dem Marktplatz eine von Tausenden besuchte Protestkundgebung statt. Genosse Schulz sprach unter dem stürmischen Beifall der Massen gegen die Gefahr des Faschismus und Sozialfaschismus. Nach Beendigung der Kundgebung formierte sich ein gewaltiger Demonstrationzug.

Wichtigste Aufgabe die Polizei unter Leitung des Sozialfaschisten Bed den Platz ab, so daß die Demonstranten auf dem Platz eingeschlossen waren.

Eine ungeheure Empörung machte sich unter den protestierenden Arbeitern bemerkbar. Es lag klar auf der Hand, daß der Sozialfaschist Bed wollte zur Verherrlichung der Faschisten ein Blutbad unter den Arbeitern anrichten.

Nur der Disziplin der Arbeiter ist es zu verdanken, daß ein Blutbad vermieden wurde. Die Arbeiter ließen aber trotzdem nicht von ihrer Absicht ab, zu demonstrieren. Auf ihren Druck mußte die Polizei den Weg frei geben. Einige hundert Arbeiter demonstrieren nun durch die Stadt. Ein anderer Teil besetzte schon den Ring, um dort die Faschisten zu empfangen. Die Demonstration wurde an der Gartenstraße nochmals von der Polizei abgeleitet. Die Polizeileute wurden aber durchbrochen, und in losen Gruppen zogen die Arbeiter nach dem Ring.

Die Stahlhelmkundgebung am Ring war ein weiterer vernichtender Schlag gegen den Faschismus. Vielleicht tausend Stahlhelmbanden und eine Kompanie Regimente standen unter den Sprechchören der Arbeiter, die „Rot Front“ und „Nieder mit den Faschisten“ riefen, wie eine Herde Schachbühnen da. Beim Umarmen schloß sich noch einmal der ganze Haß der Arbeiter gegen die Faschisten. Ausgespiffen, beschimpft und bespuckt, machten die Faschisten ein Siegrutenlaufen auf dem kürzesten Wege nach dem Schützenhaus. Die Arbeiterklasse zog unter Führung revolutionärer Krieger hinterdrein. Am Marktplatz fand nochmals eine gewaltige Kundgebung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Selin sprach.

Die Massen gelobten anschließend, unter der Führung und in den Reihen der KPD, die proletarische Arbeiterfront zu bilden und dem Faschismus baldigst ganz den Garaus zu machen.

Unter starker Polizeibedeckung wurden die abziehenden Faschisten baldigst aus der Stadt gebracht. Auf dem Bahnhof konnten wir feststellen, wie Stahlhelm und Schupo förmlich zusammenschließen. Schupobeamte, die die Stahlhelmer zur Bahn brachten, liefen gemeinsam mit diesen Banditen, obwohl sie noch im Dienst waren.

Der Abend ließ die Erregung der Arbeiter nicht sinken. Das Faschistengefübel wurde auf den Straßen verprügelt. Die Arbeiter wollten noch am Abend die letzten Faschisten aus Beuthen vertreiben und verjagen, die faschistische Brutstätte, das Schützenhaus, zu kirmen. Die Polizei ging da in aller Brutalität vor, obwohl die Faschisten die Arbeiter provozierten.

Im ganzen sind 13 Personen verhaftet worden. Die Verhafteten sind aber alle wieder freigelassen worden.

Der Stahlhelmaufmarsch zeigte, daß die Arbeiter gewillt sind, ernstlich dem Faschismus an den Krügen zu gehen. Faschismus und Staat stehen in einer Front. Seine Brutstätten hat der Faschismus im Betriebe. Also muß auch das Proletariat den Hebel dort ansetzen. In den Betrieben müssen die Arbeiter geschlossen in den Besetzungssammlungen vorstößen und den proletarischen Selbstschutz aufstellen. Mit allen Mitteln muß der Faschismus im Betriebe sowie der Sozialfaschismus und alle Aktionen der streicher werdenden Faschisten bekämpft werden. Alles unter der Führung der KPD, noch schärfer wie in Beuthen muß das Proletariat vorgehen, und da wird es möglich sein, ganze Arbeit zu schaffen.

sehr zu spüren bekommen. Viele Niederschichten werden auch von 50 Prozent der Belegschaft verlassen.

Namens der Castellengrube, eure elende Lage wird durch das Verfahren von Niederschichten nicht besser werden. Ihr müßt den Kampf führen um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Nur wenn ihr euch das erkämpfen werdet, dann werdet ihr nicht mehr auf das Quadenbrot der Verwaltung angewiesen sein. Wählt deshalb in euren Abteilungen revolutionäre Vertrauensmänner und organisiert den Kampf um sozialistische Lohnsteigerung.

### Sozialdemokrat Orzencyk und die Rasse des Heimattreuen-Verbandes

A. R. Der jetzige sozialdemokratische Stadtdirektor Peter Orzencyk war Kassierer des Flüchtlingsverbandes heimattreuer Oberschlesier. Die Flüchtlinge stellen O. als Rassenhater zu dem Stadtverordnetenrat auf, und O. wurde auch gewählt. Nachdem O. schon alle Parteien durchstreift, schloß er sich der SPD an. Nun wurde O. aber aus dem Verbande von den Flüchtlingen ausgeschlossen. Eine Rassenrevision und die Abgabe der Kassierergeschäfte wurde von O. verlangt. Der laibere Sozialdemokrat verweigerte sich, diese Maßnahmen zu erfüllen.

Die Flüchtlinge setzten darauf eine Kommission zur Prüfung der Rasse ein. Und siehe da, in der Rasse des heimattreuen Sozialdemokraten wurde ein Festbetrag von mehreren Hundert Mark festgestellt. Auf Grund dessen wurde eine Anzeige beim Staatsanwalt gegen O. erstattet. Die ersten Vernehmungen beim Untersuchungsrichter fanden schon statt. Die benommenen Heugen belasteten O. sehr schwer.

Wir sind gespannt, ob sich O. wird wieder aus dieser schmutzigen Affäre herauswinden können. Seine Weigerung der Abgabe der Kassierergeschäfte wirkt ja kein gutes Licht auf ihn. Aber er ist ein guter Sozialdemokrat, und was heißt es schon, ein kleiner Festbetrag von einigen Hundert Mark Profiteure zu sein. Orzencyk ist ein würdiger Vertreter der SPD.

### Beuthen

**Opfer der Autoraferei**  
Ein Opfer der Autoraferei wurde während der Ausübung seines Dienstes ein Telegraphenbeamter. Der Beamte stellte Kobelstücken fest und wurde dabei von einem Personenauto angefahren und schwer verletzt. Die Schuld an dem Unfall trägt der Autofahrer, der zu schnell gefahren ist.

### Railbor

**Selbstmord**  
Aus bis jetzt noch unerklärlichen Ursachen machte am Freitag der Fleischermeister Lesla seinem Leben ein Ende. In seiner Wohnung wurde der noch junge Mann erhängt aufgefunden. Für Sonnabend hatte L. noch die Eröffnung einer neuen Fleischerei beabsichtigt. Vielleicht ist ihm da etwas in den Weg gekommen, daß er freiwillig aus dem Leben schied.

### Groß-Strehlitz

**Invaliden können bereden**  
A. R. Ein 57 Jahre alter Invalide mit einem kleinen Bein stellte den Antrag auf Sozialrente. Der Arzt Dr. R. n. g. untersuchte den Invaliden und schrieb ihn arbeitsfähig. Von der Stadt erhielt der Invalide für die Monate Juli und August je 10 Mark. Für September erhielt er, wahrscheinlich zur Anschaffung von Winterovernäten (1), 15 Mark. Damit soll er leben. Eine Tochter des Invaliden ist erwerbslos, ein Sohn von ihm (16 Jahre alt) arbeitet für einige Hungerpfennige, die nicht mal für das Essen reichen.  
Dieser Fall beweist wieder die ganze Unmöglichkeit der republikanischen Sozialpolitik in Staat und Kommune. Die Invaliden und Rentner lassen wir kommunizieren aber nicht verrotten und kumpfen ständig für die Verbesserung ihrer Lage, die sich aber erst endgültig bessern wird, wenn das heutige System gestürzt ist.

### Kreuzburg

**Die Arbeiter weinen nicht**  
A. R. Vergangenen Mittwoch machte der als Arbeiterschinder bekannte Graf Othfried Bethusy-Duc mit seiner Gräfin eine Spazierfahrt. Ein Kutscher hatte der Graf nicht mit. Unterwegs gingen ihm die Pferde durch. Der Wagen schlugerte kurz vor dem Domnium an einen Baum. Graf und Gräfin fielen heraus. Der Graf hat sich dabei totgeschlagen. Die Landarbeiter, die unter der Fuchel des Grafen nach Stroh und Faden ausgebeutet wurden, werden dem Toten keine Träne nachweinen.

### Oppeln

**Kreisstaatsprüfung**  
Am Donnerstag, dem 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet im Sitzungssaal des Kreisverwaltungsgebäudes eine Kreisstaatsprüfung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vorlage der vom Kreisrat beschlossenen Rechnung der Kreiskommunalverwaltung, der Kreischauffeerverwaltung und der Verwaltung der Lebensfonds für das Rechnungsjahr 1928. 2. Änderung der Satzung der Kreispar- und Kreisrat Oppeln. 3. Heranziehung des Eigentümers des Rittergutes Tillowitz zu den Baukosten der Chauffee-Depot-Compagnie. 4. Erlass eines Statutes über die Neubildung des Amtsbezirks III Carlshöhe. 5. Aufnahme eines weiteren Darlehens für den Ausbau von Dorfstraßen. 6. Änderung der Besoldungsordnung für die Beamten des Landkreises Oppeln. 7. Bewilligung von Mitteln für Einrichtung einer Mädchenparasitenschule in der landwirtschaftlichen Schule in Scepanowitz. 8. Mitteilungen.

**Auch die Reichswehr kauft**  
Donnerstag stand eine Sitzung der Republik, ein Reichswehrgefeiter, vor Gericht. Der brave Soldat hat sich von der Kammer eine zweite Erste Garnitur verschafft und diese nach Hause gebracht. Außerdem nahm er noch eine Salzwurst und einen Schlachtkopf mit. (Ob er sich zu Hause vor den Weibern des neuen Krieges (Hühner wolle?) Bekümmertes würde ihm aber wieder abgenommen.)

Der Kadi sollte ein dem Ansehen der Republik schadenbringendes Urteil: „Eine Woche verhaftet in Arrest.“ Gekauft hat der Reichswehrgefeiter aber doch. Das schadet aber bei der Reichswehr nichts. Was bedeutet ein Diebstahl, wenn die Reichswehr zu Massenmord geübt wird?

**Wesentliche Mahnung**  
Nach Feststellung des Bezirksverbandes haben es in den letzten zwei Monaten folgende Ortsgruppen geschafft, ihre Rechnung zu folgen zu lassen: Miesowitz, Kossitz, Lomowitz, Marowitz, Gudonow, Kreuzburg, Pgl. Neudorf, Grotz, Neudorf, Bodorf, Bilsdorf, Bodorf.

Alle säumigen Ortsgruppen werden ersucht, sofort die Rechnung vorzunehmen.

### Die Glendziffern wachsen

#### Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Für die Zeit vom 23. bis 28. September 1929 gibt die Zweigstelle Oberschlesien des Bundesarbeitsamtes Schlessen folgende Ziffern an: 22 496 Arbeitslose (Vorwoche 22 056, Vorjahr 18 906), 11 062 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung (Vorwoche 10 906, Vorjahr 8635), 1937 Hauptunterstützungsempfänger in der Altersfürsorge (Vorwoche 1972, Vorjahr 896), 500 offene Stellen (Vorwoche 588, Vorjahr 591), 1463 Vermittlungen (Vorwoche 1520, Vorjahr 1555). Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes wies deutlicher als zur gleichen Zeit des Vorjahres auf die winterliche Verschlechterung hin. Die rückläufige Bewegung schreitet zunächst noch nicht rasch fort, ist aber zeitiger in Erscheinung getreten als im Vorjahr. Die einsetzende tiefe Bitterung beeinträchtigt ungünstig besonders die Außenberufe, insoweit verschiedenlich Entlassungen vorgenommen werden mußten. Selbst in der Landwirtschaft, wo sich zurzeit Umwandlungsmöglichkeiten für die Landwirtschaft erteilen, ist die Arbeitslosenbenutzung gesunken.

Die Arbeitslosenbenutzung ist während der Berichtwoche von 22 056 auf 22 496 gestiegen und verteilt sich auf 18 907 männliche und 3499 weibliche bzw. auf 14 623 gelehrte und 7873 ungelehrte Arbeitskräfte. Bei Konstantarbeiten werden zurzeit 3616 (Vorwoche 3315) Personen beschäftigt. Die Zahl der infolge Ablaufs der Unterstützungsdauer Ausgesteuerten betrug 161.

Wichtig ist selbst nach dem amtlichen Bericht die Zahl der Erwerbslosen gestiegen. Die Glendziffern wachsen jetzt systematisch zu rasche wachsen. Das starke Anwachsen der Erwerbslosenziffern läßt auch die Bourgeoisie und Sozialfaschisten ihren Feldzug gegen die Erwerbslosen verstärken. Erwerbslose, schmiedet die Kampffront! Sofort muß, wo nicht geschehen, in einer Erwerbslosenversammlung ein Erwerbslosenrat gebildet und zur Erwerbslosenkonferenz am 13. Oktober in Hindenburg Stellung genommen werden.

### Gleiwitz

**Töchterer Verkehrsunfall**  
Am Sonnabendmorgen geschah auf der Töpfer Straße wieder ein Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang. Ein Personkraftwagen überfuhr einen alten Mann, den Schornsteinfegermeister Golla. Bald nach dem Unfall ist der Verletzte an den Folgen gestorben.

**Gleiwitzer Arbeitsmarkt weiterhin schlecht**  
Der amtliche Bericht des Arbeitsamtes Gleiwitz bezeichnet die Arbeitsmarktlage in seinem Bezirk als schwach. Die Zahl der Hauptunterstützten ging im allgemeinen ein wenig zurück. Vergleichen sind zurzeit 3129 (2845 männliche und 284 weibliche) Arbeitslose, von denen 1168 (949 männliche und 219 weibliche) die Arbeitslosenversicherung und 359 (341 männliche und 18 weibliche) die Erwerbslosenversicherung genießen. Die Zuschlagsunterstützung erhalten 1888 Familienangehörige. Infolge Ablaufs der Unterstützungsdauer ausgeschieden und dem Wohlfahrtsamt überwiesen sind 5 Arbeitslose. Mit Konstantarbeiten beschäftigt werden 719 Personen. Vermittelt werden 179 (149 männliche und 30 weibliche) Personen.

Wesentlich überaus fand eine gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Die Versammlung, über die wir nach ausführlich berichten werden, nahm zu dem immer schlechter werdenden Verhältnissen der Erwerbslosen und zu Kampfmaßnahmen Stellung.

### 2100 Zentner Getreide verbrannt

Am Sonntag gegen 18.30 Uhr brannte die Feldscheune des Gutes Kellig bei Laband mit etwa 2100 Zentner Getreide ab. Den Brand haben Kinder verursacht, weil sie mit den Hies in der Gegend üblichen Feuersteinen schleuderten. Funken aus diesen haben die Scheune zum Brennen gebracht. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

### Hindenburg

#### Ueberstunden auf Ludwigsgrube

A. R. Das von den Reformisten geschaffene Ueberarbeitszeitabkommen wird jetzt weidlich von den Grubenbaronen ausgenutzt. Obwohl noch vor kurzem Feuerschichten eingelegt wurden, geht die Verwaltung jetzt dazu über, den Kumpels Ueberstunden aufzuerlegen. Vor Sonnabend vergangener Woche an muß die Belegschaft dreimal in der Woche je zwei Ueberstunden leisten. Kumpels, wehrt euch gegen die Ueberstundenbeschuldigung. Tausende von Erwerbslosen haben keine Arbeit. Acht Stunden ist schon zuviel Ausbeutung. Verweigert geschlossen die Ueberstunden und kämpft für die Erringung des Siebenstundentages bei höheren Löhnen.

#### Lehrlinge von Eisner werden geprügelt

A. R. In der Glasfabrik Eisner, deren Besitzer angeblich ein Demokrat ist, herrschen die äblichsten Zustände. Neben der immensen Ausbeutung bei elenden Löhnen werden die Jungarbeiter geprügelt. Am Sonnabend verabschiedete der Meister einem

Lehrling zwölf Schläge ins Gesicht.

Die Arbeiter waren darüber empört. Eine Arbeiterin protestierte sofort gegen diese Prügelmethoden und wurde daraufhin sofort entlassen. Es wird die Aufgabe aller Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem demokratischen Betrieb sein, eine Arbeiterfront gegen diese Zustände zu schaffen. Diese Prügelmethoden müssen den Antreibern anständig auf proletarische Art ausgetrieben werden.

#### Doppelte Profiträuerei auf Castellengrube

A. R. Wie in den vergangenen Jahren, so hat sich auch dieses Jahr die Verwaltung der Castellengrube bereit erklärt, die Belegschaft mit Winterkartoffeln zu beliefern, beziehungsweise Kartoffelvorfrüße zu gewähren. Der Bedarf wird dann immer ratenweise vom Verdienst abgezogen. Da die Arbeiter, die Kartoffeln von der Verwaltung geliefert bekommen haben, die Kartoffeln gewöhnlich immer teurer bezahlen mußten, hat diesmal der größte Teil der Belegschaft Kartoffelvorfrüße angefordert. Die Verwaltung hat daher einen Ausweg angedacht, daß sie nicht in der Lage ist (1), so viel Vorgeblich aufzubringen, und die Arbeiter ersucht, ihren Bedarf in Kartoffeln nachzuzahlen zu lassen. Nun, die Belegschaft denkt sich sofort anders darüber. Die Verwaltung will natürlich durch die Belieferung von Kartoffeln auch noch verdienen. Im Zusammenhang mit der Belieferung von Kartoffeln hat die Verwaltung drei mal in der Woche fünfviertel Schichten festgelegt. Durch das Ueberarbeitszeitabkommen, das mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie abgeschlossen wurde, können die Grubenbarone solche Niederschichten einrichten. Der Arbeiter soll durch diese Mehrarbeit den Abzug für die gelieferten Kartoffeln beziehungsweise die Kartoffelvorfrüße nicht so



Schweidnitz

Kurz-, Weiß- u. d. Wol'waren Handarbeiten, Manufaktur Modewaren und Herren-Artikel

Georg Frauboes Ring 24 und Breslauer Str. 2

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien

E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme

Kaufschuhe bei Gross Ring 16

Breslauer Konfektionshaus Ring 11

F. Sewalds empfiehlt sämtl. Molkeerprodukte

Molkerei Wilhelmspl. 7, Ring 8

Autobaus Max Seller Automobile, Motor- u. Fahrräder

Chem. Etzel, Haarl. u. d. Optiker

E. Gallowitz Nachf. Spezialhaus für Geschenkartikel

Rudolf Brauner, Langstraße 45

H. Franke Nachf. Kolonialw., Vogelstutter, Langstr. 11

Mag. Dettel, Blüthenstraße 7

H. Fleisch, und Wurstwaren

Conrad Wischhoff, Obere Volkstr. 5

Hirschberg

Rosa Ringe Dam., Kitch., Kinder-Hüte u. -Mützen

Lebensmittel aller Art Erich Gessner

Wegwebers Frühstücksstube, Markt 50

Schuhmacherei A. Heyduk

Erste Hirschberger Klobblase

Blumenhaus Grün Poststraße 6

Carl von Hornig, Großdestillation

Kranzbinderei Sam. H. Henkel

Albert Ludwig, Markt 60

Herrn- und Damen-Salon Heinze

Felix Hartwig, Greifenberger Straße Nr. 42

Möbel-LINKE Schmiedeberg, Str. 22

Druckerei E. Hausdorff

Martin Dandmann

Erich Seibt, Bahnhofsstraße 65

MIFA Fahrräder Nähmaschinen

Berliner Partiewarenhaus

Herrn- und Knaben-Bekleidung

Mag. Behrendt, Schildauer Straße 13

E. Ordians Hellerstraße 17

Karl Sonntag, Festerstraße 12a

Arbeiter-Bekleidung

Referiert Nr. 8

Vogel- und Futter-Handlung Böhme

Volksbekleidung Sand 4

Strümpfe Königsberger Wäsche

Kaufhaus Pinoff

Bade Dich gesund im Hedwigsbad

Gediegen und preiswert repariert

Simon Sachs Leder

Simon Sachs Leder

Grünerer Milchhändler

G. Scharf, Warmbrunner Platz

Gertrud Wils / Damenhüte

Carl Niegels Nachf., Am Burgturm

Jeanna Reichel, Herrmanns Straße

Ernst Wolf, Hühnerstraße 23

Nieder-Salzbrunn

Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Rudolf Lersch, Hochstraße 25

Billigste Bezugsquelle für gute Braumweine

Wollwaren / Herrenartikel

Hamburger Tischdecken

Haus-, Kipke-Biere Biergroßhandlung

Brot, Weiß- und Feinbäckerei

M. Tönsmann, Grabenstraße 1

Dieter Nachf., Hochstraße 1

Erst Feige, Dampfbackerei

Restaurier und Café

Freiburg Rich. Rothmann

Erich Dresel, Landeshuter Straße 18

H. Wolf, Nikolaistraße 5

Weißstein

„Deutsches Haus“

Verkauf Selber, Eisbrenner Straße 2

Kaufhaus Gante

Kugl. Teuber, Hauptstraße 24

Wald- u. Baumwaren

Er. Richter, Rochter Nachf.

Hermisdorf u. K.

Hilf. Wille, Agnetendorfer Straße 23

Nieder-Hermisdorf

Schmiedeberg I.R.

Gerhard Sperling, Nebauer Straße 13

Paul. Sed. Oberstraße 5

Strehlen

Max. Jentzsch

Mag. Ralle, Ring 25

Hausfrauen!

Landeshut

Paul. Nachf., Markt 9/10

Gugen Beyler, Kornstraße 6

Ed. W. Kuhn, Kornstraße 9

H. K. Kuhn, Kornstraße 2

Emil. G. Kuhn, Kornstraße 5

G. Kuhn, Kornstraße 13

Carl. Kuhn, Kornstraße 33/35

German. Kuhn, Kornstraße 33

C. Kuhn, Kornstraße 33

W. Kuhn, Kornstraße 33

Uhren, Goldwaren Bruno Hoffmann

Bezugsquelle

Kaufhaus Louis Frankenstein

Henry Tschentscher, Königstr. 4

Wilhelm Weinhold

Referiert 99

Verlangt Reis

Petersdorf

H. Leising, Dorfstraße

W. Kuhn, Dorfstraße 69

G. Kuhn, Dorfstraße 253

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße 205a

R. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

Paul. Nachf., Markt 9/10

Gugen Beyler, Kornstraße 6

Ed. W. Kuhn, Kornstraße 9

H. K. Kuhn, Kornstraße 2

Emil. G. Kuhn, Kornstraße 5

G. Kuhn, Kornstraße 13

Carl. Kuhn, Kornstraße 33/35

German. Kuhn, Kornstraße 33

C. Kuhn, Kornstraße 33

W. Kuhn, Kornstraße 33

Uhren, Goldwaren Bruno Hoffmann

Bezugsquelle

Kaufhaus Louis Frankenstein

Henry Tschentscher, Königstr. 4

Wilhelm Weinhold

Referiert 100

Verlangt Reis

Petersdorf

H. Leising, Dorfstraße

W. Kuhn, Dorfstraße 69

G. Kuhn, Dorfstraße 253

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße 205a

R. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße

H. Kuhn, Dorfstraße